



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 10. Sitzung des Ortsbeirates Altstadt (OBR Alt/010/2015)

am Dienstag, 8. September 2015,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Altstadt, 1. Etage, Raum 100,
Theaterstraße 11, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

André Barth

Mitglied Liste CDU

Martin Adam ab 18:00 Uhr anwesend
Thomas Fehlisch
Peter Findeisen
Lutz Hoffmann

Mitglied Liste DIE LINKE

Christopher Colditz
Marco Dziallas
Rica Gottwald ab 17:40 Uhr anwesend
Beate Koltermann
Rainer Pietrusky

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Krause
Andrea Schubert ab 17:35 Uhr anwesend

Mitglied Liste SPD

Dr. Dietrich Ewers
Dr. Jutta Petzold-Herrmann
Hannelore Rollow

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Richard Helth

Mitglied Liste FDP

Marko Beger ab 17:35 Uhr anwesend

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Norbert Rost ab 17:35 Uhr anwesend

Mitglied Liste PIRATEN

Florian Andreas Vogelmaier

Schriftführer/-in

Mandy Pretzsch

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Norbert Waldhelm

Verwaltung:

Frau Rößler
Herr Samuelsson

Liegenschaftsamt
Stadtplanungsamt

Gäste:

Herr Kulke
Herr Matthis

Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V.
Stadtrat Die LINKE.

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- | | | |
|------------|--|------------------------------|
| 1 | Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates | |
| 1.1 | Verkauf Neumarkt Q III.2 | V0592/15
beratend |
| 1.2 | Vorschläge zur Neuberufung von Mitgliedern in die Gestaltungskommission Kulturhistorisches Zentrum | V0538/15
beratend |
| 1.3 | Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet umsetzen! | A0116/15
beratend |
| 1.4 | Elberadweg dauerhaft und verbindlich öffentlich-rechtlich sichern! | A0079/15
beratend |
| 1.5 | Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr und dringende Lückenschlüsse | A0097/15
beratend |
| 2 | Kontrolle der Niederschrift zur 9. Ortsbeiratssitzung am 08.07.2015 | |
| 3 | Informationen, Hinweise und Anfragen | |
| 3.1 | Aktuelle Informationen zum Thema Asyl | |
| 3.2 | Sonstige Informationen und Anfragen | |

öffentlich**Einleitung:**

Herr Barth, Vorsitzender, begrüßt die Mitglieder und Stellvertreter des Ortsbeirates Altstadt sowie die Gäste zur 10. Sitzung. Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht. Von 19 Ortsbeiräten sind zunächst 13 anwesend, so dass die Beschlussfähigkeit festgestellt wird. Anträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Für die Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Fehlisch und Herr Dziallas vorgeschlagen. Der Vorsitzende gratuliert im Anschluss Frau Rollow und Herrn Colditz recht herzlich nachträglich zum Geburtstag.

Frau Schubert, Herr Rost und Herr Beger betreten den Sitzungsraum, sodass nun 16 Ortsbeiräte anwesend sind.

1 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**1.1 Verkauf Neumarkt Q III.2****V0592/15
beratend**

Frau Gottwald betritt den Sitzungsraum. Es sind nun 17 Ortsbeiräte anwesend.

Frau Rößler, Liegenschaftsamt, stellt die Vorlage vor. Die Grundstücke liegen am westlichen und südlichen Rand des Quartiers III.2 am Neumarkt im Bereich der Landhausstraße sowie zwischen Landhaus- und Rampische Straße.

Der Großteil der Flächen gehöre dem Freistaat Sachsen, der städtische Anteil betrage lediglich 8,4 % der Gesamtfläche. Frau Rößler weist darauf hin, dass eine getrennte Vermarktung der städtischen Flächen aufgrund deren Lage, Größe und Zuschnitt nicht Erfolg versprechend sei. Der Verkauf soll nun gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen erfolgen. Damit könne zeitgleich eine vollständige Bebauung erreicht werden.

Frau Rößler informiert zu den Absichten des Käufers, welcher eine den städtebaulich-gestalterischen Vorgaben entsprechende hochwertige Bebauung plane. Die historische Rekonstruktion des Palais Hoym sei als Leitbau festgelegt. Die vorhandenen Brunnenteile seien in architektonisch und historisch angemessener Weise in die zu errichtenden Baulichkeiten zu integrieren. Entstehen sollen insgesamt 7 Geschosse (einschl. EG) mit Einzelhandels- bzw. Gastronomienutzung sowie Wohnungen in den Obergeschossen.

Der Verkaufserlös für die Landeshauptstadt Dresden betrage 2.274.807,57 Euro.

Schwerpunkte der Diskussion:

Seitens der Ortsbeiräte wird zunächst Herrn Kulke, Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V., das Rederecht gewährt. Herr Kulke begrüßt grundsätzlich den Verkauf der Grundstücke an die CG-Gruppe. Jedoch verstoße man damit gegen einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahr 2008 mit dem Inhalt, dass für das Palais Riesch eine separate Gestaltungssatzung zu erarbeiten ist (Punkt 4 des Beschlusses V2737/SR-74-08). Dieser Beschluss sei weder umgesetzt noch aufgehoben worden. Dies habe er auch dem Stadtplanungsamt mitgeteilt, woraufhin ein Gutachten aus dem Jahr 2013 vorgelegt worden sei, dass dieser Punkt des Beschlusses rechtswidrig sei. Aus seiner Sicht müsse der Stadtrat zunächst noch einmal darüber befinden. Die positiven Signale

seitens des Investors, das Palais Hoym sowie das Palais Riesch wiederzuerrichten, nehme er zur Kenntnis. Jedoch sei dies nicht verbindlich.

Frau Rößler betont, bei den Flächen des Palais Riesch handle es sich nicht um diejenigen, die der Landeshauptstadt Dresden gehören, sondern dem Freistaat Sachsen. Insofern sei es schwierig, den Freistaat zu bestimmten vertraglichen Regelungen zu verpflichten. Des Weiteren bestehe ein Anspruch auf eine Baugenehmigung, wenn die baurechtliche Zulässigkeit gegeben sei.

Herrn Wilde, CG-Gruppe, wird ebenfalls Rederecht eingeräumt. Er betont, dass unabhängig von dieser baurechtlichen Situation ein Werkstattverfahren durchgeführt werden soll. Dieses soll ergebnisoffen sein, da insbesondere eine wohnwirtschaftliche Nutzung angestrebt werde. Aus diesem Grund sei zu diesem Zeitpunkt keine konkrete Zusage möglich. Im Übrigen sei diese Entscheidung nicht im Zusammenhang mit dem Grundstücksverkauf zu betrachten.

Herr Rost merkt an, dass es sich um ein gewisses Risiko handle. Sofern die Gestaltungssatzung doch noch erarbeitet werde, stünde möglicherweise das Bauvorhaben dieser Regelung entgegen. Dies müsse allen Beteiligten bewusst sein. Frau Rößler betont, das Vorhaben sei sowohl mit dem Stadtplanungsamt als auch der Gestaltungskommission abgestimmt worden. Insofern sei nicht damit zu rechnen, dass später eine Gestaltungssatzung erlassen werde, die diesem Vorhaben widerspreche.

Herr Dr. Ewers erklärt, nicht alles in Dresden könne so wie früher aussehen. Auch den Prämissen der heutigen Zeit müsse Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund begrüßt er dieses Vorhaben.

Herr Samuelsson, Stadtplanungsamt, verweist auf das städtebaulich-gestalterische Konzept, welches Grundlage für die Entwicklung des Neumarktes sei. Auf dieser Basis sei auch der Bebauungsplan-Nr. 327 entstanden.

Frau Krause hinterfragt die beantragten Abweichungen zum B-plan-Nr. 327 hinsichtlich Punkt 6 (max. Verkaufsfläche von 300 qm auf 800 qm). Herr Wilde führt aus, dass an dieser Stelle ein Vollversorger geplant sei, da am gesamten Neumarkt kein solcher zu finden sei. Frau Krause bezweifelt die Notwendigkeit eines Vollversorgers.

Herr Adam betritt den Sitzungsraum. Es sind nun 18 Ortsbeiräte anwesend.

Herr Rost kündigt einen Ergänzungsantrag an, der darauf abzielen soll, den entsprechenden Stadtratsbeschluss aufzuheben.

Aufgrund der Bedenken zur tatsächlichen Umsetzung des Vorhabens macht Frau Rößler den Vorschlag, dass die verschiedenen Varianten aus dem Werkstattverfahren zu gegebener Zeit im Ortsbeirat vorgestellt werden könnten. Insofern sei dies ein Kompromiss und stelle nicht den gesamten Kaufvertrag in Frage.

Herr Hoffmann regt an, dass sich auch die Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V. als Ideengeber an diesem Werkstattverfahren beteiligen könne. Nach Aussage von Herrn Kulke werde die GHND jedoch davon Abstand nehmen.

Herr Adam gibt zu Bedenken, dass alles notwendige vor Abschluss des Kaufvertrages geregelt sein sollte. Auch Herr Schutt, stellv. Ortsbeiratsmitglied, bittet, alle Möglichkeiten für einen historischen Wiederaufbau des Palais Riesch zu nutzen. Herr Kulke appelliert abschließend an Herrn Wilde, der Öffentlichkeit das entsprechende Signal zu geben.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Ergänzungsantrag abstimmen. Es sind zurzeit 17 Ortsbeiräte anwesend, da Herr Vogelmaier den Sitzungsraum verlassen hat.

Ergänzungsantrag:

Der Stadtrat hebt den Punkt 4 des Stadtratsbeschlusses Nr. V2737-SR74-08 auf.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 8 Nein 2 Enthaltung 7

Herr Vogelmaier betritt wieder den Sitzungsraum. Es sind 18 Ortsbeiräte anwesend. Der Vorsitzende lässt über die geänderte Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung V0592/15 OBR Alt 08.09.2015:

Der Ortsbeirat Altstadt stimmt der Vorlage mit folgender Ergänzung mehrheitlich zu:

Der Stadtrat hebt den Punkt 4 des Stadtratsbeschlusses Nr. V2737-SR74-08 auf.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 5

1.2 Vorschläge zur Neuberufung von Mitgliedern in die Gestaltungskommission Kulturhistorisches Zentrum

**V0538/15
beratend**

Herr Samuelsson, Stadtplanungsamt, informiert zur geplanten Neubesetzung der Gestaltungskommission Kulturhistorisches Zentrum. Da die Arbeit dieser Kommission im Rahmen des Sanierungsgebietes finanziert werde und dieses voraussichtlich im Jahr 2017 auslaufe, werden nur die zwei freien Plätze neu besetzt. Wegen des begrenzten Zeitraumes werde auf die Ausscheidung alter Mitglieder und die Neuberufung neuer Mitglieder verzichtet. Nach interner Recherche und Auswertung zur Vorbereitung schlägt die Verwaltung nun Frau Prof. Marina Stankovic und Herrn Dr. Hans Joachim Kuke sowie alternativ Frau Canan Rohde Can für die o. g. Kommission vor. Begründet werde die Auswahl mit entsprechenden Kompetenzen. Damit sei die Kommission vollständig besetzt und verfüge im Rahmen der Gesamtbesetzung über ein fundiertes und ausgeglichenes Kompetenzspektrum auf den Gebieten Architektur, Denkmalpflege und Städtebau.

Schwerpunkte der Diskussion:

Frau Krause hinterfragt, was es mit der dritten Person auf sich habe. Herr Samuelsson antwortet, man habe sich auf eine Alternative geeinigt, falls es in den Gremien zu einer der auserwählten Personen Befindlichkeiten gäbe. Dann müsste nicht noch einmal eine Vorlage erarbeitet und in den Gremienlauf gegeben werden. Frau Dr. Petzold-Herrmann spricht sich für die vorgeschlagene Besetzung aus.

Herr Kulke erhält das Rederecht. Grundsätzlich sei eine solche Gestaltungskommission notwendig. Jedoch bemängelt er, dass diese nicht paritätisch besetzt sei und auch nicht öffentlich tagt. Aus seiner Sicht sei die Laufzeit der bestehenden Mitglieder bereits abgelaufen. Er gibt des Weiteren zu bedenken, dass einige Mitglieder bereits seit 1998 in diesem Gremium sind und nun bereits ein hohes Alter erreicht haben.

Herr Samuelsson informiert zu den Laufzeiten. Er betont des Weiteren, die Entscheidungen der Gestaltungskommission seien lediglich Empfehlungen für die Verwaltung sowie den Stadtrat.

Herr Vogelmaier gibt zu Bedenken, dass das Ende der Laufzeit bereits absehbar und damit die Tätigkeit der Kommission begrenzt sei. Herr Samuelsson bestätigt, dies sei auch der Grund, dass nicht das komplette Gremium neu besetzt werde, wie es eigentlich die Geschäftsordnung vorsehe.

Frau Krause empfiehlt die Besetzung mit Frau Prof. Stankovic und Frau Rohde Can vorzunehmen, um den Fokus mehr auf Architektur zu setzen.

Der Vorsitzende erläutert kurz die wichtige Rolle der Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e. V. beim Wiederaufbau des Neumarktes. Leider sei der Verein in der Gestaltungskommission nicht vertreten. Die Berufung von Herrn Dr. Kuke sei auch ein Vorschlag der GHND, so dass damit auch deren Interessen berücksichtigt würden.

Frau Krause stellt folgenden Änderungsantrag zu Punkt 2 des Beschlussvorschlages: Anstelle von Herrn Dr. phil. Hans- Joachim Kuke soll Frau Canan Rohde Can als neues Mitglied in die Gestaltungskommission berufen werden.

Der Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag abstimmen. Es sind 18 Ortsbeiräte anwesend.

Abstimmung: Ablehnung
Ja 5 Nein 7 Enthaltung 6

Der Vorsitzende bringt die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung V0538/15 OBR Alt 08.09.2015:

Der Ortsbeirat Altstadt stimmt der Vorlage mehrheitlich zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 1

1.3 Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet umsetzen!

**A0116/15
beratend**

Herr Matthis, Die LINKE, erläutert die Intention des interfraktionellen Antrags.

Mit der Änderung der Hauptsatzung im September 2014 sei die Grundsatzentscheidung zur Einführung der Ortschaftsverfassung für das gesamte Stadtgebiet getroffen worden. Dies bedeute zum einen die Stärkung der demokratischen Rechte aufgrund der Direktwahl der Ortschaftsräte und zum anderen einen Aufgabenzuwachs für die Ortschaften. Zur Erledigung ihrer Aufgaben sei den Ortschaften laut SächsGemO eine angemessene Finanzausstattung zuzuweisen. Nun soll die verwaltungspraktische Umsetzung der Ortschaftsverfassung vorangetrieben werden. Zielstellung sei vor allem die Erarbeitung von konkreten Aufgabenkatalogen für die einzelnen Ortschaften in Abgrenzung zu ortschaftsübergreifenden Angelegenheiten. Dazu benötige man konkrete Hinweise und Anregungen, welche bestimmten Aufgaben den jeweiligen späteren Ortschaften zur selbständigen Erfüllung zugewiesen werden sollten.

In weiteren Punkten des Antrages möchte man die Verwaltung beauftragen, die finanzielle Ausstattung der späteren Ortschaften zu ermitteln und entsprechende Richtlinien und einheitliche Verfahrensweisen zu entwickeln.

Der Vorsitzende informiert aus der Sicht des Geschäftsbereiches Allgemeine Verwaltung. In drei Arbeitsgruppen erarbeite man derzeit Prozesse und Aufgaben möglicher Ortschaften auf Grundlage des 2014 gefassten Beschlusses. Er selbst sei Mitglied in der Arbeitsgruppe. Ende diesen Jahres werde ein Zwischenbericht mit den bis dato erarbeiteten Ergebnissen vorliegen. Über die Konsequenzen der Einführung der Ortschaftsverfassung müsse man sich klar werden. Es gäbe viele offene Probleme, die diskutiert werden müssen. Beispielsweise würde die bisher zentrale Förderung von Kulturvereinen mit Einführung der Ortschaftsverfassung dezentralisiert werden, was in der Praxis in vielen Fällen Zuordnungsprobleme hervorrufen werde. Die Sächs. GemO habe im Vergleich zu allen anderen Bundesländern die mangelhaftesten Regelungen zu Stadtbezirks- und Ortschaftsverfassungen. Es fehle an korrekten Differenzierungen. Eine Überarbeitung u. a. dieser Regelungen habe die sächsische Regierung zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in ihrem aktuellen Koalitionsvertrag festgeschrieben. Unabhängig davon sei hinsichtlich des Zeitpunktes der Einführung ein Gerichtsverfahren anhängig. Insofern könne dazu noch keine konkrete Aussage gemacht werden. Herr Matthis halte indes eine Wahl der Ortschaftsräte gemeinsam mit der Bundestagswahl 2017 für theoretisch möglich. Wahrscheinlicher sei jedoch eine Wahl im Jahr 2019.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herr Dr. Ewers gibt zu Bedenken, dass zwischen den jetzigen Ortschaften und Ortsämtern enorme Größenunterschiede bestehen. Dies müsse insbesondere bei den personellen Strukturen sowie der finanziellen Ausstattung berücksichtigt werden. Herr Adam ist indes nicht überzeugt, dass die Einführung der Ortschaftsverfassung für das Stadtgebiet sinnvoll sei. Er begründet dies mit einem sehr hohen Aufwand und zu viel Verwaltung. Er glaube auch nicht, dass damit die Akzeptanz in der Öffentlichkeit gestärkt werde. Kritisch sei auch aus seiner Sicht, dass die Vorschläge der Aufgabenabgrenzung nun ausgerechnet aus der Verwaltung selbst kommen sollen. Der Vorsitzende verweist auf positive Erfahrungen aus anderen Städten. Bedenklich sei aus seiner Sicht die schlechte Regelung in der SächsGemO.

Auf die Frage von Herrn Hoffmann zu konkreten Inhalten verweist Herr Matthis auf das noch zu erstellende Konzept, welches dann insbesondere den Aufgabenkatalog sowie den dazugehörigen Finanzbedarf enthält.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen. Es sind 18 Ortsbeiräte anwesend.

Beschlussempfehlung A0116/15 OBR Alt 08.09.2015:

Der Ortsbeirat Altstadt stimmt dem Antrag mit folgender Änderung mehrheitlich zu:

Pkt. 1: statt 30. September 2015, neu **31. Dezember 2015**

Pkt. 5: statt 30. November 2015, neu **31. Dezember 2015**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 10 Nein 5 Enthaltung 3

1.4 Elberadweg dauerhaft und verbindlich öffentlich-rechtlich sichern!**A0079/15
beratend**

Frau Schubert stellt den Antrag kurz vor. Hintergrund waren die Ereignisse am Neustädter Elberadweg, als ein Teilstück durch Frau Töberich, weggebaggert wurde. Da der Elberadweg eine wichtige Verbindung sowohl im Dresdner Alltagsverkehr als auch im Tourismus darstelle, müsse eine durchgängige Befahrbarkeit zukünftig rechtlich gesichert sein. Aus diesem Grund sollen sämtliche Abschnitte des Elberadweges auf ihren Rechtsstatus hin überprüft werden und ggf. Verfahren zur verbindlichen öffentlich-rechtlichen Widmung nach Straßenrecht für den Rad- und Fußgängerverkehr eingeleitet und zum Abschluss geführt werden.

Der Vorsitzende informiert aus der Sicht des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, welcher darauf hinweist, dass die Beschlussvorschläge a) und b) mit vertretbarem wirtschaftlichen Aufwand nicht umsetzbar und mit dem zur Verfügung stehenden Personal nicht leistbar seien. Im Übrigen handle es sich bei diesem Vorfall um einen Einzelfall. Des Weiteren wird ausgeführt, dass der Elberadweg bereits dauerhaft und verbindlich öffentlich-rechtlich gesichert sei. Alle Abschnitte gelten als öffentlich-rechtlich gewidmet. Der Vorsitzende informiert über das Zustandekommen der Widmungen vor und nach 1993.

Insbesondere wird auch darauf verwiesen, dass die straßenrechtliche öffentliche Widmung das private Eigentum an Grund und Boden überlagert. Demzufolge seien dem Grundstückseigentümer sämtliche Handlungen verwehrt, welche über den in der Widmungsverfügung bestimmten Gemeingebrauch der öffentlichen Straße hinausgehen.

Der Vorsitzende erläutert, dass der Ortsbeirat Neustadt in seiner Sitzung seine Beschlussempfehlung dahingehend formuliert hat, dass der Antrag zunächst vertagt werde und eine erneute Behandlung nicht notwendig sei, sofern dem Antragsteller eine schriftliche Auskunft dazu übergeben wird.

Schwerpunkte der Diskussion:

Herrn Adam ist unverständlich, warum die Ermittlung des Rechtsstatus für die Flächen des Elberadweges nicht leistbar sein soll. Herr Rost ergänzt, dies dürfe in Zeiten von IT-Nutzung kein Problem sein. Der Vorsitzende erklärt, bei der Ermittlung müsse jedes einzelne Flurstück betrachtet werden. Dabei werde insbesondere geprüft, auf welcher Grundlage die öffentliche Widmung entstanden sei; welche konkreten Rechtsverhältnisse zum Zeitpunkt der Widmung bestanden haben und ob Rechte Dritter bestehen, welche durch die Widmung überlagert werden. Inwieweit die Daten in elektronischer Form vorhanden seien, sei ihm nicht bekannt.

Frau Krause möchte wissen, wie sich die Verwaltung sicher sein kann, dass es sich bei diesem Vorkommnis um einen Einzelfall handle. Der Vorsitzende erläutert, das Straßen- und Tiefbauamt habe dies hinsichtlich weiterer Vereinbarungen geprüft.

Nach kurzer Diskussion über die rechtliche Einordnung von Widmungen lässt der Vorsitzende über den Vertagungsantrag von Frau Schubert abstimmen. Es sind 18 Ortsbeiräte anwesend.

Beschlussempfehlung A0079/15 OBR Alt 08.09.2015:

Der Ortsbeirat Altstadt stimmt dem Vertagungsantrag einstimmig zu. Eine Behandlung in einer weiteren Sitzung ist nicht mehr notwendig, sofern eine schriftliche Auskunft der Verwaltung zu o. g. Problem an Bündnis 90/Die Grünen übergeben wird.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

1.5 Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr und dringende Lückenschlüsse**A0097/15
beratend**

Frau Schubert trägt den interfraktionellen Antrag vor. Anliegen sei es, sowohl aus Gründen der Verkehrssicherheit als auch zur Erhöhung der Attraktivität des Radfahrens Lücken im Radverkehrsnetz abzubauen. Dies sei immer dann der Fall, wenn Radfahrer und Autofahrer abrupt aufeinander treffen und Radfahrer sich ihren eigenen, dann oft nicht StVO-gemäßen Weg suchen müssen. Dabei soll auch geprüft werden, ob auf bestimmten Strecken für den Radverkehr Einbahnstraßen in beiden Richtungen freigegeben werden können.

Seitens der Ortsbeiräte wird das Anliegen grundsätzlich unterstützt. Fraglich sei aber, ob das Bewusstsein für Autofahrer in Einbahnstraßen mit entgegenkommenden Radverkehr auch vorhanden sei.

Durch Herrn Rost wird angeregt, die Kreuzung Güntzstraße/Pillnitzer Straße unter Punkt 2 aufzunehmen. Herr Dr. Ewers ergänzt, auch die Querung Florian-Geyer-Straße/Pfeifferhannstraße solle geprüft werden.

Durch den Antragsteller werden beide Punkte in den Antrag übernommen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag in der geänderten Fassung abstimmen. Es sind 18 Ortsbeiräte anwesend.

Beschlussempfehlung A0097/15 OBR Alt 08.09.2015:

Der Ortsbeirat Altstadt stimmt dem Antrag mit folgender Ergänzung einstimmig zu:

Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird ergänzt:

- d. Kreuzung Güntzstraße/Pillnitzer Straße**
- e. Querung Florian-Geyer-Straße/Pfeifferhannstraße**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 18 Nein 0 Enthaltung 0

2 Kontrolle der Niederschrift zur 9. Ortsbeiratssitzung am 08.07.2015

Die Niederschrift der 9. Ortsbeiratssitzung am 08.07.2015 wurde von Frau Rollow und Herrn Colditz unterzeichnet. Einwendungen liegen nicht vor.

3 Informationen, Hinweise und Anfragen

3.1 Aktuelle Informationen zum Thema Asyl

Den Ortsbeiräten liegt die Zuarbeit des Sozialamtes mit Stand vom 08.09.2015 sowie die Zuweisungszahlen vom 05.08., 12.08. sowie 19.08.2015 vor.

Der Vorsitzende betont, dass am 03. August 2015 der Koordinator für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, Herr Hirschwald, seine Tätigkeit im Sozialamt aufgenommen habe. Erreichbar ist Herr Hirschwald unter Tel: 0351/4881422 und per E-Mail: ehrenamt-asyl@dresden.de.

Des Weiteren wird der aktuelle Newsletter des Sächsischen Ausländerbeauftragten sowie das Programmheft zu den Interkulturellen Tagen vom 20.09. bis 04.10.2015 ausgegeben. Zur letzten Anfrage von Herrn Rost bezüglich einer Übersicht über die Entscheidungen zu Asylanträgen wird auf die Internetseite des BAMF verwiesen, wo eine monatliche Asylgeschäftsstatistik veröffentlicht werde. Eine Erfassung auf kommunaler Ebene sei nicht vorhanden.

3.2 Sonstige Informationen und Anfragen

Den Ortsbeiräten werden ihre Legitimationsausweise ausgereicht, sofern sie zu Beginn der Wahlperiode zusammen mit den Erfassungsbögen beantragt wurden.

Folgendes wird als Kopie ausgereicht:

- Antwort des Straßen- und Tiefbauamtes zur Anfrage von Herrn Dziallas hinsichtlich der Lichtsignalanlage am Sachsenplatz/Landgericht,
- Antwort des Stadtplanungsamtes zur Anfrage von Herrn Dziallas zum Gebäudekomplex an der Parkstraße,
- Information des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft zum Umgang mit der Beschlussempfehlung aus dem Ortsbeirat zur Straßenreinigungsgebührensatzung 2016,
- Exposé und Flyer des Computerclubs ARTOS „50plus“,
- Pressemitteilung zur neuen Verkehrsführung über die Albertbrücke,
- Pressemitteilung zu den Instandsetzungsarbeiten an der Budapester Brücke.

Der Vorsitzende informiert zum nächsten Termin des Netzwerkes Johannstadt am 22.09.2015. Danach sei geplant, den Quartiersmanager, Herrn Kunert, in den Ortsbeirat einzuladen.

Anfragen der Ortsbeiräte:

Herr Hoffmann

- fragt an, warum nach den Straßenbauarbeiten an der Blüherstraße die Wohlfühlinsel für Senioren aus dem Kreuzungsbereich verlagert worden sei. Nach Anfrage beim Straßen- und Tiefbauamt habe er leider keine Antwort erhalten.
- informiert über die Änderung der Parkordnung und die Aufstellung eines Parkscheinautomaten im Kreuzungsbereich Blüherstraße Richtung Grunaer Straße (Bereich Zufahrt Hochhäuser und Kita). In Zusammenhang mit Veranstaltungen im Stadion oder Großen Garten sei ein Befahren der Straße mit längeren Wartezeiten verbunden aufgrund der eingeschränkten Nutzbarkeit der Fahrspuren. Dies sollte seitens der Straßenverkehrsbehörde nochmals überdacht werden.
- Der Vorsitzende bittet, beide Anfragen per Mail nachzureichen.

Herr Dr. Ewers

- bezieht sich auf aktuelle Pressemeldungen, dass in der Johannstadt ein Erstaufnahmelager für Asylbewerber entstehen soll. Der Vorsitzende führt aus, es handle sich um das Grundstück Fetscherstraße/Blasewitzer Straße/Fiedlerstraße. Näheres sei ihm jedoch auch nicht bekannt, da die Erstaufnahmeeinrichtungen der Zuständigkeit des Freistaates Sachsen obliegen. Der Vorsitzende habe bereits wegen eines ähnlichen Vorhabens in der Neustadt mit dem Freistaat gesprochen und angeregt, dass diese Pläne rechtzeitig und umfassend der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Sobald es konkret wird, werde er auch in diesem Fall eine Vorstellung erbitten.

Frau Dr. Petzold-Herrmann

- informiert, dass in der Johannstadt-Nord eine Podiumsdiskussion „Wohnen mit der Gag-fah“ organisiert werden soll. Hintergrund seien zunehmende Probleme zwischen den Mietern und dem Vermieter. Bei Interesse seien auch die Ortsbeiräte dazu herzlich eingeladen. Zu gegebener Zeit werde nochmals darüber informiert.

Frau Schubert

- berichtet von der durchgeführten Reinigung des ehem. Plattenwerkes in der Johannstadt. In diesem Zuge sei jedoch die Verlängerung der Pfeifferhannsstraße gesperrt worden. Ein Passieren mit Kinderwagen oder Fahrrad sei nun nicht mehr möglich. Nun stelle sich die Frage, ob dieser Abschnitt öffentlich-rechtlich gewidmet und eine Sperrung rech-tens sei.
- Der Vorsitzende bittet, diese Anfrage per Mail nachzureichen.

Frau Krause

- regt an, in den Ortsbeiratssitzungen künftig einen Stadtplan oder eine Karte mit dem Ortsamtsgebiet zur Verfügung zu stellen.
- kritisiert, dass auf dem Altmarkt Blumenkübel mit Engelstrompeten stehen. Da diese gif-tig seien, bittet sie um Prüfung seitens des Amtes für Stadtgrün und Abfallwirtschaft.

Herr Pietrusky

- informiert über die seit 25 Jahren stattfindende Küstenreinigung, welche in diesem Jahr am 19. September in der Johannstadt durchgeführt wird. Er lädt alle recht herzlich dazu ein.

Der Vorsitzende schließt ca. 20:00 Uhr die Sitzung.

André Barth
Vorsitzender

Mandy Pretzsch
Schriftführerin

Thomas Fehlisch
OBR-Mitglied

Marco Dziallas
OBR-Mitglied